

NEUE WEGE IN DER STADTVERWALTUNG

Die Piraten fordern und fördern den **Einsatz von freier Software** in der Verwaltung, wo immer dies sinnvoll möglich ist. Alle städtischen oder mit kommunalen Geldern geförderten Einrichtungen sollen zu **Open Government** verpflichtet werden.

Wir fordern die Einführung anonymer Bewerbungen für städtische Stellen. Angaben zu Geschlecht, Alter und Herkunft soll es auf Job-Bewerbungen nicht mehr geben, ein Foto auch nicht.

Wir fordern die **weitgehende Abschaffung des Beamtenstatus** für neue Mitarbeiter. Stattdessen soll die Einstellung von Angestellten nach TVL (Tarifvertrag der Länder) erfolgen. Frei werdenden Beamtenstellen werden in Nicht-Beamtenstellen umgewandelt. Es soll eine Beschränkung des Beamtenstatus nur auf Stellen, wo es aus gesetzlichen Gründen vorgeschrieben ist geben. Diese sind bei jeder Stelle ausführlich begründet darzulegen.

UNSER VOLLSTÄNDIGES WAHLPROGRAMM UNTER:
[www.http://piraten-erlangen.de](http://piraten-erlangen.de)

Am 16. März 2014 haben Sie eine echte Alternative für einen Politikwechsel in Erlangen!

FEHLT NOCH WAS IM PROGRAMM?

Sie vermissen noch etwas in unserem Programm? Oder Sie möchten uns einfach Ihre Meinung dazu sagen? Schicken Sie uns Ihren Beitrag oder treffen Sie uns vor Ort!

Der Stammtisch der Erlanger Piraten trifft sich an jedem dritten Sonntag im Monat ab 18 Uhr in der Gaststätte Blaue Traube (Blaue Traube im Turnerbund, Spardorfer Straße 79, Erlangen)

V.i.s.d.P.: Piratenpartei KV Erlangen & Erlangen-Höchstadt,
Zirkelschmiedgasse 5, 90402 Nürnberg

UNSER OB-KANDIDAT FÜR ERLANGEN:

„Die Erlanger Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, stets Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können und nicht nur alle sechs Jahre mal wählen zu dürfen.

Mitbestimmungsrechte werden heute noch oft zugunsten von politischen oder wirtschaftlichen Interessen einiger weniger ausgehebelt. Damit muss Schluss sein..“

WER?

Frank Heinze, geboren am 31.01.1970, in fester Beziehung, zwei Kinder, Gesundheits- und Krankenpfleger am Uniklinikum Erlangen, ehrenamtlicher Stadtrat seit 2008

THEMEN:

- Mehr Mitbestimmung für die Einwohner durch Bürgerbefragungen, Bürgerentscheide und Bürgerhaushalt
- Open Source in öffentlichen Dienststellen
- Kontrolle des Stadtrats durch Rathaus-TV und Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber Land und Bund
- Trennung von Religion und Staat

„Dass der bei weitem größte Teil der Menschen den Schritt zur Mündigkeit, außer dem, dass er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben.“

Immanuel Kant

E-Mail: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de

Blog: www.piraten-erlangen.de/stadtrat-erlangen

Telefon: 0171/1011288



KOMMUNALES WAHLPROGRAMM PIRATENPARTEI ERLANGEN



Mehr Mitbestimmung
Digitale Bürgerbeteiligung
Transparenz staatlichen Handelns

MEHR MITBESTIMMUNG

Die Piratenpartei setzt sich für einen **offenen, transparenten Haushalt** ein. Die Möglichkeit für jeden Bürger Einblick zu nehmen in den Haushalt der Stadt ermöglicht zudem erst die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Zwar wird dies in Teilen bereits durch das Ratsinformationssystem geleistet, jedoch sind dessen Inhalte nicht geeignet einen schnellen Überblick über Zusammenhänge und Ein- und Ausgaben der Stadt zu erhalten.

Wir wollen die **Einführung des Bürgerhaushalts**. Die Verwaltung bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger mindestens über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden.

Wir wollen gemäß Art. 60 der Gemeindeordnung **Bezirke einrichten, Bezirksausschüsse gründen und Ortsbeiräte aufwerten**. Das würde helfen, lokale Entscheidungen möglichst direkt von den Betroffenen treffen zu lassen und es wäre eine Angleichung gegenüber den eingemeindeten Stadtteilen. Die Ortsbeiräte sollen mehr Entscheidungsspielraum und Mitspracherechte bekommen.

TRANSPARENZ STAATLICHEN HANDELNS

Alles staatliche Handeln muss transparent und für jeden nachvollziehbar sein. Daher setzen wir uns für eine **Informationsfreiheitssatzung** ein. Zweck dieser Satzung ist es, den freien Zugang zu den bei der Stadt Erlangen vorhandenen Informationen zu gewährleisten.

Die gewählten Mandatsträger sollen öffentlich einsehbar in einer **Kommunalwatch** auch nach der Wahl befragt werden können. Ebenso wollen wir die **Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens** der einzelnen Stadträtinnen und Stadträte erreichen.

Mit **RathausTV** können Bürger Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse von zu Hause aus am heimischen PC, im Fernsehen oder über einen Radiosender live oder "on demand" miterleben. Das gäbe Menschen, die nicht zum Rathaus kommen können oder zu den Sitzungszeiten verhindert sind, die Möglichkeit, trotzdem über das politische Geschehen der Stadt im Bilde zu bleiben.

DIGITALE BÜRGERBETEILIGUNG

Die Piratenpartei Erlangen setzt sich für die **Einführung des Liquid Feedback Systems**, eine besondere Form der Online- Abstimmung, als Werkzeug direkter Bürgerbeteiligung ein. Der Bürger soll auf zwei Arten aktiv mitwirken können: Zum einen können Anträge der Stadtratsfraktionen als Meinungsbild vom Bürger unterstützt, kommentiert und mit Anregungen versehen werden. Damit haben die Antragsteller besseren Überblick über den Willen der Einwohnerschaft. Zum anderen soll der Bürger die Möglichkeit haben, selber Anträge stellen zu können.

Wir wollen eine **Bürgerbefragung bei Großprojekten**, um die Bürger schon im Vorfeld zu beteiligen und das Projekt legitimieren zu lassen. Damit wird der weitere Projektverlauf deutlich erleichtert und unnötige Kosten werden vermieden. Nach unserer Auffassung sollten vor kommunalen Entscheidungen mit einem Investitionsvolumen von über 2 Mio. Euro öffentlicher Mittel Bürgerbefragungen durchgeführt werden.

UMWELT, VERKEHR UND STADTPLANUNG

Der **ticketloser Nahverkehr** ist eines unserer Hauptziele. Die Piratenpartei sieht Mobilität im städtischen Raum als Grundrecht an, von dem niemand aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten ausgeschlossen werden darf. Wir stehen deshalb für die Einführung des ticketlosen Nahverkehrs, da dieser die Attraktivität des ÖPNV massiv erhöht und die Nutzung durch den Wegfall des teilweise komplizierten Erwerbs der Fahrkarte wesentlich erleichtert.

Alle Planungsschritte zur **StUB** werden öffentlich behandelt, die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Gemeinden werden ständig auf dem aktuellen Stand gehalten. Alle Informationen, die Planungen, Bau und den späteren Betrieb betreffen, sollen transparent öffentlich gestellt werden. Eine unabhängige Clearingstelle übernimmt alle Einwände der Bürgerinnen und Bürger und organisiert ein öffentliches Mediationsverfahren. Zum Planungsabschluss werden die Ergebnisse von Bau-, Verkehrs- und Finanzplanung den Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Gemeinden zur Abstimmung vorgelegt.

Wir sorgen für **Hochwasserschutz und Barrierefreiheit für alle Erlanger Radwege**. Wir fordern die Umwandlung von Straßen in kombinierte Rad-, Fuß und Wanderwege mit verkleinerten Spuren für Motorverkehr im Sinne von **Shared Space**, sowie Ablösen von Ampelschaltungen durch effiziente, einfache **Kreisel-Lösungen**.

KULTUR, FREIZEIT UND WOHNEN

Wir fordern den **Erhalt des Hallenbads Frankenhof** oder alternativ die **Errichtung eines Hallenbades mit Sauna auf dem Gelände vom Freibad West**. Wir fordern die Prüfung der **Wieder/Neueröffnung der Erlanger Flussbäder**.

Zur Stärkung der kulturellen Angebote und damit der Attraktivität Erlangens, soll die Stadt bei der Regierung von Mittelfranken die Genehmigung für eine „**Kultursteuer**“ in Höhe von 2% je Übernachtung beantragen.

Wir wollen angesichts der knapp 3 Millionen Euro jährlicher Subventionen an das Theater Erlangen eine öffentliche Diskussion mit anschließender Bürgerbefragung über die zukünftige Finanzierung des Theaters Erlangen und eine **mögliche Umwandlung in ein Gastspieltheater**.

Wir fordern den **Glasfasernetzausbau durch die EstW** für eine schnellere Breitbandverbindung in Erlangen und **Freie WLAN Hotspots** in öffentlichen Gebäuden und Schulen um Bürgern ohne eigenes Internet den Zugang zu gewähren

Bezahlbarer und sozialer Wohnraum muss in Erlangen geschaffen und gefördert werden. Dabei ist vorrangig auf freistehende Mehrfamilienhäuser und Geschosswohnungsbau zu setzen.

Wir fordern die deutliche **Trennung von Staat und Religion** und eine neue Erinnerungs- und Gedenkkultur. Wir wollen Gleichbehandlung religiöser und nichtreligiöser weltanschaulicher Vereinigungen bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen und Auftritten, Vertreter/innen lokaler nichtreligiöser weltanschaulicher Gruppen werden bei allen offiziellen Terminen gleichberechtigt eingeladen. Wir stehen für die **Förderung konfessionsloser Kindergärten** und die **Abschaffung der Kirchensteueraustrittsgelder**. Keine religiösen Weihen kommunal bezahlter Immobilien und Fahrzeuge. Säkulare Kräfte in der Integrationsdebatte müssen gestärkt werden.